

BIOGRAPHISCHE SKIZZEN

MIKE SCHMEITZNER

Proletarische Diktatur oder freiheitliche Demokratie? Die Wandlungen des Curt Geyer

Trotz seiner Bedeutung als »Wanderer zwischen den Welten« innerhalb der Weimarer Linken, seiner für die Frühzeit der Weimarer Republik so bedeutenden Autobiographie und seiner programmatischen Impulse nach 1933 ist Curt Geyer (1891–1967) nur wenigen Historikern ein Begriff geblieben. Lediglich Hermann Weber und Rainer Behring haben immer wieder Anläufe unternommen, ihn dem Vergessen zu entreißen.¹ Dabei hatte der Politiker als Revolutionsführer 1918/19, als USPD-Funktionär, Mitbegründer der vereinigten KPD und der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) und nicht zuletzt auch als einer der glänzendsten Journalisten und Buchautoren zu den bekanntesten Linken der Weimarer Zeit gezählt. Im Folgenden soll seine Wandlung vom intransigenten Anhänger einer »Diktatur des Proletariats« zum Verfechter der parlamentarischen Demokratie, ja sogar zu einem Totalitarismuskritiker par excellence im Vordergrund stehen. Wie also wurde aus dem Feuerkopf der »Weltrevolution« ein demokratischer Sozialist? Stand dahinter eigene Erkenntnis oder nur politischer Opportunismus?

Der Sohn des bekannten sächsischen Reichstagsabgeordneten, SPD-Politikers und Zigarrenfabrikanten Friedrich Geyer kam in den Genuss einer gediegenen Ausbildung. Auf den Besuch der Bürgerschule, der Real- und Oberrealschule folgte 1911 das Studium der Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Leipzig, das Geyer im Juni 1914 mit der Promotion über *Politische Parteien und öffentliche Meinung* während der Revolution in Sachsen 1848/49 abschloss. Bereits in dieser Zeit und verstärkt während seines Redaktionsvolontariats bei der sozialdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) entwickelte er sich zum vielseitig belesenen Verfechter der Marx'schen Orthodoxie. Diese Grundüberzeugung und ein starker Hang zum Voluntarismus führten ihn als Redakteur verschiedener fränkischer sozialdemokratischer Zeitungen früh in das Lager der SPD-Linken und der USPD. Wegen seiner »Linksabweichung« und seiner pazifistischen Haltung wurde er noch 1917 vom SPD-Parteivorstand als Redakteur des *Fränkischen Volksfreunds* in Würzburg entlassen. In der USPD-Hochburg Leipzig fand er als Redakteur der LVZ eine neue beruf-

1 Zur aktuellen Auseinandersetzung siehe Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 243 f.; Rainer Behring: Option für den Westen. Rudolf Hilferding, Curt Geyer und der antitotalitäre Konsens. In: Schmeitzner, Mike (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 135–160.

liche Existenz; hier avancierte der gerade 27-Jährige schnell zu einem der bekanntesten radikalen linken Funktionäre.²

Der Durchbruch zum politischen Führer gelang Geyer allerdings erst nach Beginn der Novemberrevolution. Auch wenn er zuerst noch keine herausragende Position bekleidete, zeigt die Aufstellung der USPD-Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 eindrucklich seine neue innerparteiliche Stellung: Friedrich Geyer, der schon dem alten Reichstag angehört hatte, kam wieder auf Platz eins der Liste. Dies war nicht erstaunlich, dass aber dessen Sohn den langjährigen Bezirksvorsitzenden der Partei, den als gemäßigt und bedächtig geltenden Richard Lipinski, vom zweiten Listenplatz verdrängte, durfte schon als Sensation gelten³ und sagt etwas aus über die revolutionäre Massenstimmung dieser Wochen, und auch über das rhetorische Talent des 27-Jährigen, der – angesichts der sowjetrussischen Erfahrungen – die Revolution in eindeutig rätesozialistische Bahnen treiben wollte. Die Leipziger USPD schien damals fest in den Händen der Familie Geyer: Vater und Sohn waren seit dem 19. Januar 1919 Abgeordnete der Nationalversammlung, Curts Frau Anna, die ihm in intellektueller und rhetorischer Begabung kaum nachstand, bekleidete seit den Wahlen zur sächsischen Volkskammer (2. Februar 1919) ebenfalls ein Mandat. Ende Februar 1919 avancierte Curt Geyer noch zusätzlich zum Vorsitzenden des engeren Leipziger Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Es gab jedoch zwei Hürden, die den Geyers, vor allem Curt, im Weg standen: Da war einerseits das ältere Parteiestablishment, das – geprägt vom kautskyanischen Attentismus – immer noch eher eine Kombination von Parlamentarismus und Rätesystem anstrebte als eine räteorganisierte Diktatur des Proletariats. Ein Weitertreiben der Revolution und die politische und ökonomische Ausschaltung des Bürgertums stand nicht auf seiner Agenda und schon gar nicht auf derjenigen der mehrheitssozialistischen Landesregierung in Dresden, die – andererseits – zu einer militärischen Lösung entschlossen war. Insofern war die Radikalisierung der Sozialisierungs- und Streikbewegung, die jüngere Führer der USPD wie Curt Geyer und Paul Böttcher seit März 1919 in Leipzig betrieben, ein Vabanque-Spiel, das nur mit einer breiten Solidaritätsbewegung in Mitteldeutschland zu einem revolutionären Erfolg hätte geführt werden können. Der Zusammenbruch der Leipziger »Räte-Republik« und die widerstandslose Besetzung der Stadt durch Regierungstruppen General Maerckers im Mai 1919 besiegelten das Ende der revolutionären Phase.⁴

Obwohl Curt Geyers Traum von der Räterepublik gescheitert war (nach Ansicht des amerikanischen Historikers Sean Dobson hatte er durch sein zögerliches Verhalten sogar entscheidenden Anteil daran⁵), glaubte der 28-Jährige keineswegs an eine endgültige Befriedung der revolutionären Stimmung. Die blutigen Zusammenstöße vor dem Berli-

2 Zur Entwicklung des jungen Geyer siehe die – allerdings hagiographisch geprägten – Memoiren: Curt Geyer: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, mit einem Vorwort von Robert F. Wheeler, Stuttgart 1976.

3 Das Ergebnis war mit 235 zu 232 knapper als von Geyer angegeben. Siehe Wheeler, Robert F.: Vorwort: Curt Geyer und die USPD. In: ebd., S. 20.

4 Zur revolutionären Entwicklung in Leipzig und Sachsen seit der Jahreswende 1918/19 siehe Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871–1923, Köln 1995, S. 217 ff.

5 Siehe vor allem die Kapitel »Geyer's Intentions« und »The impending Invasion of Leipzig« in: Dobson,

ner Reichstag im Januar 1920 und die Kämpfe während des Kapp-Putsches drei Monate später bestärkten ihn darin. Und auch der Vormarsch der radikalen Kräfte in der USPD beförderte seine Hoffnung, dass Deutschland vor neuen revolutionären Kämpfen stünde und die USPD zur entscheidenden Kraft der Arbeiterbewegung heranwachsen würde. Obgleich sich eine solche Entwicklung tatsächlich abzuzeichnen begann und die USPD bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 fast zu den Mehrheitssozialisten aufschließen konnte, dachte die Leipziger USPD-Führung nach ihrer Mai-Niederlage nicht daran, sich auf neue revolutionäre Abenteuer einzulassen. In diesem Punkt hatte sich bis Ende 1919 eine deutliche Differenz zwischen der Leipziger Organisation der USPD und der Reichspartei herauskristallisiert, die immer stärker einen radikalen Kurs verfolgte.

Geyer selbst gehörte in Leipzig wie auf Reichsebene zu jenen Führern der Partei, die sich weiterhin in einer »Revolutionsepoche« wähnten und deshalb die »Diktatur des Proletariats« als »Gegenwartsforderung« postulierten. Seiner Meinung nach hatte sich die USPD als »revolutionäre Kampfpartei« von »opportunistischen Tendenzen« zu trennen, da für »Kompromisse« kein Platz mehr sei. In der von Marx definitiv begründeten und von Lenin als Herzstück proletarischer Herrschaft verstandenen »Diktatur des Proletariats« sah er die »notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus«, wie sie bereits die »Programmatische Kundgebung« der USPD im März 1919 beschrieben hatte. Anders als gemäßigte USPD-Vertreter wie Karl Kautsky oder Richard Lipinski verstand Geyer allerdings die Diktatur nicht als eine von der Mehrheit des Volkes oder wenigstens der Mehrheit der Arbeiterschaft getragene Herrschaft: Man könne eine Revolution nicht erst dann beginnen lassen, wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter ihr steht.⁶

In einem Leitartikel für die LVZ, der auch in der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale*, dem Sprachrohr der im März 1919 gegründeten Moskauer Institution, nachgedruckt wurde,⁷ beschrieb Geyer seine Interpretation der »Diktatur des Proletariats«: »Ist aber einmal die offene Revolution da, so ist die einzige Möglichkeit, sie zum Erfolg zu führen, die Diktatur des Proletariats, sei es zunächst auch nur eine Minderheit des Proletariats. Revolutionen sind noch nie durch große Mehrheiten, sondern immer durch entschlossene Minderheiten geführt worden. Nur im revolutionären Kampf, nur durch die Anwendung der Diktatur, durch die entschlossene Ausnutzung des Erfolges können die Vorderreihen des kämpfenden Proletariats die Mehrheit mit sich reißen.«⁸

Die an Lenin erinnernde Avantgarde-Theorie und die für Geyer feststehende »vorrevolutionäre« Situation in Deutschland schlossen eine Beteiligung an Parlamentswahlen oder gar an Regierungen mit der MSPD kategorisch aus. Die USPD habe in »bürgerlichen Parlamenten nichts zu suchen«; sie dürfe auch keine Regierungsbündnisse mit den Rechtssozialisten eingehen, da diese »nichts anderes als eine bürgerliche Reformpartei«, ja sogar eine

Sean: Authority and Upheaval in Leipzig 1910–1920. The Story of a Relationship, New York 2001, S. 257–261.

6 Geyer, Curt: Zur Reichskonferenz. In: Leipziger Volkszeitung vom 6. 9. 1919.

7 Geyer, Curt: Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Diktatur des Proletariats. In: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, November/Dezember 1919, Nr. 7/8, S. 58–63.

8 Geyer: Zur Reichskonferenz (Anm. 6).

»bürgerlich-kapitalistische Partei« sei.⁹ Eine Synthese aus Rätssystem und bürgerlichem Parlamentarismus müsse abgelehnt, stattdessen die reine Räteherrschaft begründet werden. Aus Geyers und Böttchers Sicht gab es seit Spätsommer 1919 nur eine Alternative: den Anschluss an die Kommunistische Internationale in Moskau. Die beiden jungen Leipziger Führer konnten sich jedoch in der eigenen Regionalorganisation nicht durchsetzen. Die Mehrheit der Leipziger Parteifunktionäre war weder bereit, einen Anschluss an die Moskauer Komintern zu tolerieren, noch auf ein Regierungsbündnis mit der MSPD zu verzichten, da doch beide Parteien gerade in Sachsen über eine absolute parlamentarische Mehrheit verfügten. In einer Urabstimmung der Leipziger Mitglieder mussten sich Geyer und Böttcher im Herbst 1919 knapp geschlagen geben.¹⁰

Zwar vermochte Geyer auf dem außerordentlichen USPD-Reichsparteitag Anfang Dezember 1919 gegen die gemäßigten Leipziger zu triumphieren und gemeinsam mit jüngeren Führern wie Walter Stoecker ein neues Aktionsprogramm zu beeinflussen, das stärker seiner politisch-programmatischen Sicht entsprach.¹¹ Dennoch hatte die Leipziger Niederlage für ihn Konsequenzen: Nach heftigen Rückzugsgefechten verließ Geyer im ersten Halbjahr 1920 die Redaktion der LVZ und übernahm die viel radikalere *Hamburger Volkszeitung* der USPD als Chefredakteur. In den folgenden Monaten zählte er zu den reichsweit einflussreichsten Verfechtern einer kommunistischen Transformation der USPD. Auf der Reichskonferenz in Berlin Anfang September 1920 forderte der 29-Jährige in gewohnt apodiktischer Form den Anschluss an die Komintern; älteren USPD-Führern wie Wilhelm Dittmann warf er mit argumentativem Rückgriff auf Lenin und Trotzki vor, der »Zuspitzung der politischen Verhältnisse« auszuweichen, die »gegenwärtige Situation für ungünstig für den Entscheidungskampf hinzustellen« und so die »Machteroberung des Proletariats« und dessen Diktatur aufschieben zu wollen.¹²

Wie Geyer dort die 21 Beitrittsbedingungen der Komintern und den erhofften künftigen Einfluss der USPD in diesem Gremium bewertete, das zeugt von einem hohen Maß an revolutionärer Illusion. Ohne auch nur ansatzweise auf die Bedingungen einzugehen, erklärte er, in der »Epoche des Bürgerkrieges« und der »aktiven, proletarischen Weltpolitik« seien die von Moskau diktierten Bedingungen eine »Kampfesnotwendigkeit für die proletarischen Parteien«, ja eine »historische Notwendigkeit der Weltrevolution«. Den darin geforderten Ausschluss der gemäßigten innerparteilichen Kräfte kommentierte er mit dem Hinweis, dass eine »sachliche Reinigung unserer Partei« notwendig sei. Er persönlich finde

9 So Geyer auf dem außerordentlichen Landesparteitag der USPD Sachsens am 10. / 11. August 1919. In: Dowe, Dieter (Hrsg.): Protokolle der Landesversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens 1919–1922, Berlin / Bonn 1979, S. 101.

10 Siehe Wheeler: Vorwort (Anm. 3), S. 14.

11 Auf dem außerordentlichen Reichsparteitag der USPD vom 30. 11. bis 6. 12. 1919 gehörte Geyer neben Stoecker u. a. zur Redaktionskommission, die den Programmentwurf bearbeitete. Im Programm selbst wurde nun die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates und die Aufrichtung einer Diktatur des Proletariats gefordert. Siehe Aktionsprogramm der USPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig 1919. In: Dowe, Dieter / Klotzbach, Kurt (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2004, S. 182f.

12 Protokoll der Reichskonferenz der USPD vom 1. bis 3. September 1920, Berlin 1920, S. 77.

es »richtig, dass eine jede Partei, die sich heute unter solchen Bedingungen der dritten Internationale anschließt, ein Stück ihrer Autonomie, ein Stück ihrer Selbstständigkeit aufgibt«. ¹³

Auf empörte Zwischenrufe von Delegierten, dass doch die Partei mit dieser Unterwerfung »sich selbst« aufgeben sollte, antwortete Geyer mit der ihm eigenen revolutionären Zuversicht: »Dafür aber, werde Genossen, gewinnen Sie auf der anderen Seite durch die Vertretung im Exekutivkomitee nicht nur Einfluss auf die eigene Taktik, sondern Einfluss zugleich auf die Taktik der Parteien, die der dritten Internationale angeschlossen sind.« Nach einem erneuten Zuruf »Sind Sie so naiv oder geben Sie sich so naiv?« verstieg sich Geyer sogar zu der Feststellung, wenn die USPD als »große führende deutsche Massenpartei der dritten Internationale« Mitglied der Komintern geworden sei, werde »das Schwergewicht des Exekutivkomitees von Moskau nach Berlin wandern« (!); so wie »heute bereits das Schwergewicht der Weltrevolution von Russland nach Deutschland gewandert ist«. Es ist schwer zu beurteilen, ob Geyer daran wirklich glaubte, oder ob er lediglich wankelmütige Delegierte beeinflussen wollte. Einen Teil der (gemäßigten) Delegierten, die diese Verkündigungen mit »Heiterkeit« und »Gelächter« quittierten, hatte er allerdings nicht erreichen können. ¹⁴ Eine völlige Unterordnung der USPD unter die Moskauer Komintern-Regie scheint er nicht befürwortet zu haben; die Hoffnung auf ein Berliner statt ein Moskauer Revolutionszentrum spricht jedenfalls für diese Annahme.

Auf dem Hallenser Reichsparteitag der USPD Mitte Oktober 1920, der die Entscheidung über den Komintern-Anschluss bringen sollte, sprach Geyer auffälligerweise nicht. Obwohl er – laut Selbststilisierung in seinen Erinnerungen – als der »weitaus beste und geschickteste Redner« der linken Gruppe galt, ¹⁵ habe er sich zurückgehalten, weil er erstens als Hassfigur des gemäßigten USPD-Flügels kein zusätzliches Öl ins Feuer gießen wollte und zweitens bereits damals »düsterer Ahnungen voll« über die spätere Stellung der USPD innerhalb der Komintern gewesen sein will. ¹⁶ Seine wenig glückliche Rede auf der Reichskonferenz in Berlin und der weitaus wichtigere Auftritt Grigori Sinowjews, des Generalsekretärs der Komintern, dürften für diese Entscheidung wohl ebenfalls maßgeblich gewesen sein. Die Mehrheit der Delegierten entschied sich bekanntermaßen für die 21 Bedingungen und damit für den Anschluss an die Komintern; die linke Führung konnte jedoch die Mehrheit der Mitglieder nicht für den folgenden Zusammenschluss mit der wesentlich kleineren KPD gewinnen. Curt Geyer, der einen nicht geringen Beitrag zur Spaltung der Massenpartei USPD geleistet hatte, avancierte zu einem der fünf Mitglieder des ZK der linken USPD und Wochen später der vereinigten KPD (VKPD). ¹⁷

In der neuen Partei musste Geyer schon nach wenigen Monaten erkennen, dass seine Vorstellung von der Verschiebung des Machtzentrums von Moskau nach Berlin reine

13 Ebd., S. 78 f.

14 Ebd., S. 79. Zu den Intentionen Geyers auf der Reichskonferenz im Rückblick: Geyer, *Die revolutionäre Illusion* (Anm. 2), S. 215.

15 Ebd., S. 224.

16 Ebd., S. 223 f.

17 Siehe Wheeler, Robert F.: *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt a. M. 1975, S. 259 ff.; Wheeler: *Vorwort* (Anm. 3), S. 17 ff.

Illusion gewesen war. Statt Einfluss auf die Entscheidungen der Komintern-Zentrale zu erlangen, sahen sich Geyer, Däumig, Düwell, aber auch der VKPD-Vorsitzende Paul Levi, der intellektuelle Nachlassverwalter Rosa Luxemburgs, mit einer immer stärkeren Bolschewisierungsstrategie der Komintern konfrontiert. Dieser hatten sie nichts oder nur wenig entgegensetzen, da die Moskauer Zentrale aufgrund ihrer finanziellen und materiellen Ressourcen fast beliebig in die Zuständigkeit der Partei einzugreifen vermochte. Als Geyer im Frühjahr 1921 für drei Monate als Vertreter der VKPD-Zentrale zum Exekutivbüro der Komintern nach Moskau entsandt wurde, erlebte er sein persönliches Damaskus: die Formierung eines diktatorisch-zentralistischen Herrschaftssystems, das sich von den Vorstellungen der von Geyer verehrten Rosa Luxemburg immer weiter entfernte, die blutige Niederschlagung des Kronstadter Aufstandes, einen X. Parteitag der Bolschewiki, der ein Fraktionsverbot innerhalb der Partei festlegte und die unübersehbaren Folgen des »Kriegskommunismus« mit einer »Neuen Ökonomischen Politik« einzudämmen versuchte, und schließlich die Zumutung an Geyer selbst, einen Putsch in Deutschland mit in die Wege zu leiten, um von der eigenen tiefen Krise abzulenken.¹⁸

Zurück in Deutschland, sah sich Geyer einer veränderten Situation gegenüber: Die Führung der VKPD war angesichts ihrer vergeblichen Versuche, die eigene Autonomie und die anderer westeuropäischer sozialistischer Parteien zu bewahren und den von der Komintern beschlossenen deutschen Aufstand abzuwenden, zurückgetreten. Seine Sympathien für die ausgeschiedenen Levi, Däumig und Braß und deren politische Vorstellungen ließen Geyer endgültig zu der Erkenntnis kommen, dass sein Traum von der »Weltrevolution« mit dieser Komintern und der eigenen deutschen Partei nicht zu verwirklichen war. Geyers Votum gegen die März-Aktion war auch der Erkenntnis geschuldet, dass die Zeit für eine erfolgreiche deutsche Revolution vorbei war. Anfang Mai 1921 wurde er genauso zum Rücktritt aus der Zentrale gezwungen wie vordem Levi; als er im Sommer 1921 in der von Levi herausgegebenen Zeitschrift *Unser Weg* veröffentlichte, erfolgte sein Parteiausschluss.¹⁹

Mit seiner weiteren politischen Entwicklung über Levis KAG, den gemeinsamen Wiedereintritt in die Rest-USPD (Februar 1922) und schließlich in die vereinigte SPD (September 1922) ging freilich kein abrupter weltanschaulicher Stellungswechsel einher. Geyers Überwindung des linken Radikalismus, seine Hinwendung zum demokratischen Sozialismus und – noch weitergehend – die Ablehnung der Marx'schen Orthodoxie nahm mehrere Jahre in Anspruch und fand wohl ihren Abschluss mit der Veröffentlichung seines Werkes *Führer und Masse in der Demokratie* (1926).

Geyers Abfall vom Radikalismus lässt sich bereits vor dem Erscheinen seines entsprechenden Buches (1923) anhand mehrerer Artikel für die Zeitschrift *Unser Weg* verfolgen. Schon im Sommer 1921 war seine Ernüchterung angesichts der ausgebliebenen »Weltrevolution« deutlich zu spüren: Der Vormarsch der gegenrevolutionären Kräfte (vor allem in Bayern) veranlasste Geyer dazu, sich nicht mehr auf den »Sieg der Arbeiterklasse auf der ganzen Linie« zu versteifen, sondern die Niederringung der Reaktion als einen Schritt »auf

18 Siehe Geyers ausführliche und plastische Schilderung seiner Moskauer Eindrücke in: Geyer: Die revolutionäre Illusion (Anm. 2), S. 250–277.

19 Siehe Wheeler: Vorwort (Anm. 3), S. 18.

dem Wege zur Diktatur des Proletariats« zu betrachten.²⁰ Zwei Monate später, nach dem Festhalten der neuen VKPD-Führung an »Offensivtheorie« und »Anarchismus«, sprach er bereits von der Existenzaufgabe der kommunistischen Partei. Ihre Beschlüsse müssten notwendigerweise »zum Verbluten aktiver, revolutionärer Proletarier, losgelöst von den Massen« führen. Angesichts der Vorstöße des Unternehmertums sei die »Geschlossenheit« des Proletariats das oberste Gebot, um sich selbst zu behaupten [!].²¹ Gerade weil Geyer erkannte, dass das Proletariat immer mehr in die »Defensive« geriet, plädierte er Ende 1921 sogar erstmals für eine »sozialistische Regierung« als »Schutzwall der proletarischen Massen«, die er 1919 noch vehement abgelehnt hatte.²²

Nachdem der ehemalige VKPD-Funktionär nun selbst eine neue Ära der Sammlung (statt immer neuer Spaltungen) verkündet und Anfang 1922 eine Befreiung »aus den Fesseln des Dogmatismus« und von der »starrten Auffassung absoluter Gesetzmäßigkeiten auf dem Gebiet der Natur wie der Gesellschaft« gefordert hatte,²³ legte er 1923 sein Buch *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*²⁴ vor, das nicht nur einen »soziologischen Versuch« darstellte, sondern auch einen Selbstversuch, nämlich eine Analyse der eigenen radikalen »Erhitzung«. ²⁵ Als deren wesentliche Elemente nannte Geyer die Adaption sowjetrussischer Revolutionsvorstellungen, die »radikalisierende Wirkung des Anfangserfolges«, die »Idee der Weltrevolution, die Einschätzung der Massenaktion als des einzigen Hebels des gesellschaftlichen Fortschrittes, die Verwerfung der praktischen Tätigkeit«, den »Ruf nach der Offensive« und schließlich die »Flucht in das Dogma der Weltrevolution«. Er machte aber auch das »geschlossene System der radikalen Doktrin«, den Glauben an die »absolute Wahrheit« und die Überzeugung, dass die »Entwicklung der sozialen Welt sich durch den Umschlag der bürgerlichen Ordnung in die sozialistische vollziehen werde«, für den Radikalismus verantwortlich.²⁶

Mit dieser Analyse hatte Geyer einen Gutteil der Marx'schen Orthodoxie überwunden und sich grundsätzlich auf reformsozialistisches Terrain vorgewagt. Ja, mehr noch: Als er 1924 die wiedererstarbte Macht der deutschen Konzerne und ihre kriegerische Revisionsbereitschaft konstatierte, zog er folgende Konsequenz: »Staatskontrolle der großen Konzerne, Dienstbarmachung ihres Reichtums für den Staat, gerechte, unter sozialem Gesichtspunkt geführte Finanzpolitik, Sorge für Kultur und Wohlfahrt der arbeitenden Massen, Bereitschaft zur internationalen Verständigung«. Statt einer »Diktatur des Proletariats« rückte nun die »Idee der Freiheit und der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit« in den Vor-

20 Geyer, Curt: Zur inneren Politik. In: Unser Weg 3 (1921), H. 5, S. 133–137, hier S. 134 f.

21 Ders.: Das Jena der VKPD. In: ebd., H. 10, S. 272–275, hier S. 274.

22 Ders.: Partei von heute oder von übermorgen? Zur Frage der sozialistischen Regierung. In: ebd., H. 15, S. 426–432, hier S. 429.

23 Ders.: Naturgesetz und gesellschaftliches Gesetz. In: ebd. 4 (1922), H. 3/4, S. 65–70, hier S. 70.

24 Geyer, Curt: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Jena 1923.

25 In das Widmungsexemplar für den politischen Weggefährten Reinhold Schönlank aus Halle schrieb Geyer: »Reinhold Schönlank zur Erinnerung an gemeinsamen jungen Radikalismus«. Ich danke meinem Kollegen Dr. Michael Rudloff für den Hinweis auf das in seinem Besitz befindliche Widmungsexemplar.

26 Geyer: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Anm. 24), S. 35, 49, 53 u. 77.

dergrund seiner Überlegungen.²⁷ Solche Vorstellungen dürften auch durch seine Tätigkeit als Abgeordneter des Reichstags (1920–1924) mit veranlasst worden sein. In seiner 1924 beginnenden Redakteurstätigkeit für den *Vorwärts*, das Zentralorgan der SPD,²⁸ trat er endgültig auf den Boden der sozialen Demokratie und der deutlicheren Marx-Revision.

Als 1926 Geyers Buch *Führer und Masse in der Demokratie* erschien, reagierten einstige Freunde und Weggefährten, die ebenfalls den »langen Marsch« durch die Parteiinstitutionen angetreten hatten, allerdings mit wachsender Skepsis. Nicht nur, dass Geyers Bruch mit der Marx'schen Orthodoxie nun vollends zum Vorschein kam und erstmals ethisch-sozialistische Überlegungen dominierten – das im parteieigenen Dietz-Verlag veröffentlichte Werk war zugleich der erste Band der neuen Reihe »Schriften zur Zeit«, die von ethischen Sozialisten wie Gustav Radbruch, Karl Bröger und August Rathmann herausgegeben wurde. Bernhard Düwell, Geyers einstiger Freund aus USPD, VKPD, KAG und *Unser Weg*, attackierte dessen Bekenntnis zur Demokratie und zur staatspolitischen Verantwortung der SPD sowie seine Kritik an der »intransigenten Oppositionspolitik« der innerparteilichen Linksozialisten²⁹ scharf. Da war vom »plötzlich so ministerialisierenden Freund«, vom Marxtöter und auch vom »Büßer« die Rede, »der sich im Fegefeuer begnadeter Vernunft fühlt und dreimal wehe über die schreckliche Vergangenheit und ihre Sünden schreit«.³⁰

Gewiss hatte sich Geyer für jene angreifbar gemacht, die gleichfalls 1922 in die Reihen der vereinigten SPD zurückgefunden hatten, aber wie Bernhard Düwell keinesfalls das marxistische Dogma aufzugeben bereit waren. Ihnen musste der nunmehrige *Vorwärts*-Redakteur als besonders eifriger Renegat erscheinen, gerade weil er als früherer USPD-Funktionär nun für eine Relativierung des Marxismus eintrat.³¹ Wie richtig Geyer jedoch mit seinen Ansichten lag, zeigte bald die Tragödie der von der SPD und ihrem »demokratischen Führer« Hermann Müller gelenkten Großen Koalition im Reich (1928–1930), die fast vom ersten Tag an von den innerparteilichen Linksozialisten mit kompromisslosem orthodox-marxistischem Glaubenseifer bekämpft wurde.³²

In der noch größeren Tragödie, die sich für die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk seit 1933 abspielte, sollte Geyer eine innerparteiliche Bedeutung zukommen, die seine frühe Wirkung (1919/21) deutlich übertraf. Gemeint ist seine Schlüsselstellung im Prager Exilvorstand der SPD (SOPADE), zuerst als Redakteur des *Neuen Vorwärts* und ab

27 Ders.: Drei Verderber Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands und der Reparationsfrage von 1920 bis 1924, Berlin 1924, S. 229 f.

28 Geyer »komplettierte« ab 1924 das Innenressort des *Vorwärts*, dem seit 1922 auch ehemalige politische Weggefährten aus der KPD und KAG wie Ernst Reuter angehörten. Siehe Hermann Schueler: Trotz alledem. Der Vorwärts – Chronist des anderen Deutschland, Berlin 2006, S. 375.

29 Geyer, Curt: Führer und Masse in der Demokratie, Berlin 1926, S. 3 ff., 125 ff.

30 Düwell, Bernhard: Demokratischer Führer oder Führerfaschismus? In: Chemnitzer Volksstimme vom 7. 8. 1926.

31 Mit Blick auf das wieder stärker marxistisch geprägte Programm von Heidelberg (1925) monierte Geyer z. B. das dort nur lieblos abgelegte Bekenntnis zur politischen Demokratie. Siehe Geyer: Führer und Masse in der Demokratie (Anm. 29), S. 3.

32 Siehe u. a. Protokoll über die Verhandlungen der Landesversammlung der sächsischen SPD in Leipzig am 12./13.1.1929, Dresden 1929, S. 12 ff., 28 f., 33 ff.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Curt Geyer (7. von rechts) inmitten der Vorwärts-Redaktion, ca. 1930

1935 (nach dem Ausscheiden Friedrichs Stampfers) als Chefredakteur (bis 1940).³³ Mit seinen zahlreichen Artikeln und Schriften avancierte Geyer zumindest in der ersten Phase der Emigration neben Rudolph Hilferding zu einem der maßgeblichen »Vordenker« der Exil-Sozialdemokratie, wie Rainer Behring jüngst zu Recht betonte.³⁴

Noch 1933 begann Curt Geyer mit zwei Schriften in der SOPADE-Reihe »Probleme des Sozialismus« Akzente zu setzen und den programmatischen Kurs des Prager Exilvorstandes zu bestimmen. In *Revolution gegen Hitler* und *Volk in Ketten* machte er deutlich, dass »der Faschismus national zum Untergang Deutschlands führen muss, dass er Volk und Land in die Katastrophe stürzt«. Die Weltanschauung des Nationalsozialismus – die »kriegerische Grundauffassung« und die »faschistische Ideologie vom totalen Staat« – sei die »geistige Vorbereitung zum Kriege«, deshalb müsse die deutsche Opposition den Sturz der »nationalsozialistischen Despotie« herbeiführen. Allerdings dürfe dieser nicht mit der Einführung eines bolschewistischen Systems verknüpft werden. An die Stelle des faschistischen dürfe nicht das »bolschewistische Arbeiterzuchthaus« treten und damit lediglich die »Vorzeichen der Sklaverei« vertauscht werden. Anders als die Kommunisten müssten

33 Andere zeitliche Zuordnungen und die immer wieder behauptete Kooptation Geyers in den Exil-Vorstand der SPD entsprechen nicht den Tatsachen. Siehe Buchholz, Marlis/Rother, Bernd (Hrsg.): Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 15), Bonn 1995, S. XIX, XXV.

34 Behring: Option für den Westen (Anm. 1), S. 143. Schueler (Trotz alledem, Anm. 28, S. 539) kommentiert dagegen in seiner *Vorwärts*-Geschichte Geyers Redaktionsarbeit nach 1933 mit einem einzigen (!) lapidaren Satz: »Mit Stampfer, der immer mehr politische Aufgaben übernahm, besorgte alsbald in steigendem Maße Curt Geyer die Redaktion des Neuen Vorwärts.«

die Sozialdemokraten in ihrem Widerstand gegen Hitler darauf abzielen, die »Fesseln der Sklaverei abzuwerfen und die Freiheit wieder zu erobern.«³⁵

Mit dieser grundsätzlichen Positionierung setzte sich Geyer spätestens 1934 in Widerspruch zu zeitweilig stärker werdenden Tendenzen innerhalb des sozialdemokratischen Exils und der sozialdemokratischen Illegalität. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik und ihrer wesentlichen demokratischen Stütze, der SPD, forderten sogar illegale Kreise in zuvor nicht gerade als linkssozialistisch bekannten Parteibezirken die Errichtung einer »Diktatur des Proletariats« und einen rücksichtslosen Kampf gegen Bürgertum und Kirche.³⁶ Analoge Vorstellungen formulierte ein Teil der SOPADE, vornehmlich der »Arbeitskreis Revolutionäre Sozialisten«, in einer »Plattform« noch im Herbst 1934.³⁷ Gerade weil Geyer zwischen 1919 und 1921 zu den glühendsten Verfechtern einer »Diktatur des Proletariats« gezählt hatte und erst durch die Berührung mit den Moskauer Realitäten zur Einsicht gebracht worden war, sah er sich nun zu einer weithin sichtbaren Entgegnung aufgerufen.

Der Schlüsselsatz in der »Plattform«, wonach die »geeinte revolutionäre Partei« die »Trägerin der Diktatur« werde, »unter deren Führung die von Werk tätigen gewählten Räte die Macht ausüben«, ließ ihn zu dem Ergebnis kommen, dass hier der »Weg der Verwirrung« und der Vergangenheitsfixierung beschritten werde. Die »Plattform« verwische die »tiefgehenden ideellen Unterschiede zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Kommunismus russischer Prägung«; sie sei eine »glatte Kapitulation vor dem kommunistischen Programm«. In seinen von den »Plattform«-Verfassern heftig bekämpften Ausführungen³⁸ erinnerte er daran, dass aus solchen programmatischen Vorstellungen in Russland »mit Notwendigkeit erst der Cäsarismus eines Zentralkomitees und später der Cäsarismus eines einzelnen« hervorgegangen sei. Aus der »Diktatur des Proletariats« habe sich die »Diktatur eines roten Zaren« entwickelt, daraus ergebe sich eine »geschichtliche Warnung [...] für alle, die heute der Demokratie abschwören, um die Diktatur des Proletariats und die Räteherrschaft anzubeten«.³⁹

Dass die »Plattform«-Positionen im Exil keine Mehrheit fanden, dafür sorgten nicht zuletzt die Moskauer Prozesse und Säuberungswellen, die Geyer als Chefredakteur fundamentaler Kritik unterzog. In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre erblickte er in der »Idee der Freiheit«, im »Freiheitswillen« und »Freiheitskampf« gegen Hitler und Stalin

35 Zit. nach Behring: *Option für den Westen* (Anm. 1), S. 140 f.

36 Siehe z. B. die Berichte von Vertretern aus den Bezirken Pfalz, Baden, Württemberg, Hessen-Offenbach in: Bericht über die Neunkirchner Konferenz vom 2. bis 4. Juni 1934. In: Buchholz/Rother: *Der Parteivorstand der SPD im Exil* (Anm. 33), S. 439–454, hier S. 441 ff.

37 *Der Weg zum sozialistischen Deutschland. Eine Plattform für die Einheitsfront. Zur Diskussion gestellt von einem Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten.* In: *Zeitschrift für Sozialismus* 1 (1934), H. 12/13, S. 375–409.

38 In einer SOPADE-Vorstandssitzung versuchten die Vorstandsmitglieder und »Plattform«-Verfasser Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser, Geyers Artikel, der unmittelbar nach der »Plattform« abgedruckt werden sollte (und auch wurde), zu hintertreiben. Der entschlossene Widerstand Siegfried Crummernels, Friedrichs Stampfers und Otto Wels' verhinderte dies. Siehe Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. Oktober 1934. In: Buchholz/Rother: *Der Parteivorstand der SPD im Exil* (Anm. 33), S. 65–74, hier S. 73 f.

39 Geyer, Curt: *Der Weg zur Verwirrung. Arbeitervereinigung durch Unklarheit?* In: *Zeitschrift für Sozialismus* 1 (1934), H. 12/13, S. 409–422, hier S. 409 u. 415.

den stärksten Antrieb sozialdemokratischer Widerstandshaltung.⁴⁰ In seiner Schrift *Die Partei der Freiheit*, die 1939 erschien, konzipierte er die Sozialdemokratie als politische Kraft, die an die Stelle der nationalsozialistischen Despotie die »uneingeschränkste breiteste Demokratie, die Freiheit der öffentlichen Meinung« setzen müsse. Sie habe gegen die »Totalitätsidee« und jede Form der Diktatur zu kämpfen. Das »System der Totalität« solle von einem »Mehrparteiensystem abgelöst« werden; dabei gehe es um die »Sammlung der deutschen Opposition zum Kampfe für die Wiederherstellung der Grundlagen der europäischen Zivilisation in Deutschland«. Für die Revitalisierung eines »orthodoxen Marxismus« oder einer »proletarischen Diktaturpartei« sei kein Platz mehr, gerade weil das »totale System« in der »bisherigen Geschichtskonstruktion des Marxismus nicht vorgesehen war und auch dort nicht hineinpasste«.⁴¹ Mit diesen Vorstellungen war der vormalige Räterevolutionär seiner eigenen Partei um genau 20 Jahre vorausgeleitet.

Dass Geyer trotz seiner »Vordenker«-Funktion in der Nachkriegssozialdemokratie keine Rolle mehr spielte und auch als Wegbereiter des Godesberger Programms der SPD (1959) ausfiel, war auf innersozialdemokratische Auseinandersetzungen im Londoner Exil zurückzuführen, die sein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie allerdings nicht berührten. Als Kritiker eines organisatorischen Bündnisses mit linkssozialistischen Gruppen machte er sogar 1941 gegen einen sozialdemokratischen Linksruck Front. Der Bruch mit der SOPADE kam ein Jahr später an einem anderen Punkt: Im März 1942 stellten Geyer und fünf weitere frühere SPD-Funktionäre in einer Erklärung den »deutschen aggressiven Nationalismus« als die »mächtigste politische Kraft im deutschen Volk« dar und prangerten eine vorgebliche »nationalistische Tendenz« in der deutschen Sozialdemokratie seit 1914 an.⁴² Mit dieser – sehr weitreichenden – Interpretation der jüngsten deutschen Geschichte und Hitlers »Zustimmungsdiktatur« lösten sie zugleich die Bande zur Exil-SPD, die doch für sich selbst in Anspruch nahm, das »andere Deutschland« zu verkörpern. Die engen Kontakte zu Lord Vansittart, dem britischen »Deutschenhasser« par excellence, taten ein Übriges zur Isolierung der sechs SPD-Dissidenten.

Nach dem Krieg kritisierte Geyer von London aus die nationale Haltung der West-SPD Kurt Schumachers. Sie sei mehr eine »nationale Widerstandsbewegung als eine Partei, die im Zusammenwirken mit den Alliierten eine Politik im Interesse des Volkes betreibe«. Das »selbst verschuldete Dilemma der Sozialdemokraten bestehe darin, dass sie, um Mehrheitspartei zu werden, der nationalistischen Stimmung in der Bevölkerung immer nachgeben« werde.⁴³ Geyer zog daraus eigene Konsequenzen und nahm schließlich die britische Staatsbürgerschaft an. Als London-Korrespondent arbeitete er lange – von 1947 bis 1963 – für die *Süddeutsche Zeitung*.

40 Klinger, Max [Curt Geyer]: Gegen die Diktatur der Lüge. In: Neuer Vorwärts Nr. 210 vom 20. 6. 1937; ders.: Gesundungsprozess. Die Renaissance des Freiheitswillens. In: ebd. Nr. 218 vom 15. 8. 1937.

41 Geyer, Curt: Die Partei der Freiheit [1939]. In: Klotzbach, Kurt (Hrsg.), Drei Schriften aus dem Exil, Bonn 1974, S. 303 u. 354.

42 Später, Jörg: Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902–1945, Göttingen 2003, S. 289.

43 Zit. nach: ebd., S. 420.